

Calmer Calblatt

Nr. 209.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang

Verlegt von dem Verleger Max Moritz in Calw, am Hauptplatz, im Hause Nr. 1. — Preis 1/2 Mark. —

Donnerstag, den 22. Dezember 1921.

Verlegt von dem Verleger Max Moritz in Calw, am Hauptplatz, im Hause Nr. 1. — Preis 1/2 Mark. —

Neueste Nachrichten.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ verzeichnet das Gerücht, daß Rathenau zum Außenminister aussuchen sei.

Im Hochverratsprozeß gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten v. Jagow wegen Beteiligung am Kappputsch in führender Stellung wurde vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Jagow erhielt fünf Jahre Gefängnis unter Zulassung mildernder Umstände.

Über die Verhandlungen in London sind auch heute keinerlei konkrete Ergebnisse zu registrieren. Die Regie arbeitet aber wie üblich: England macht scheinbar Einwendungen gegen die französischen „Garantie“-Forderungen, wird aber schließlich der systematischen Expansionspolitik Frankreichs „nachgeben“.

Die Sowjetregierung soll unter dem Druck der Entente und der wirtschaftlichen Not die Einberufung einer gesegneten Versammlung planen.

Auch das neue belgische Kabinett behält die Doppelrolle gegen Deutschland bei.

Die Konferenz in London. Noch keine Einigung über die Reparationsfrage. Die englisch-französischen Reparationsverhandlungen.

London, 21. Dez. Reuter berichtet: Die Konferenz zwischen Loucheur und den französischen und englischen Sachverständigen wurde gestern nachmittags fortgesetzt. Es verlautet, daß die Sachverständigen das erste Problem noch nicht entschieden haben, nämlich ob Deutschland in der Lage ist, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen. Erst wenn dies technisch entschieden ist, wird die Frage erörtert werden, ob es tunlich ist, die Zahlung unter den augenblicklichen Bedingungen zu erfüllen. — Laut „Morning Post“ sei es sehr wahrscheinlich, daß die Garantiekommision die Kontrolle der deutschen Wälsche und anderer Staatsmonopole erhalten mit gewissen Nachsichtswegungen über das deutsche Unterhalten und der deutschen Regierung im Auslande gehörige Geld. Wahrscheinlich sei auch, daß während die Reichsbank autonom bleibe, sie soweit der Kontrolle der Garantiekommision unterstellt werde, daß diese in der Lage wäre, die Beschränkung der Papiergeldausgabe durch die deutsche Regierung zu fördern.

Paris, 21. Dez. Briand erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin“, die Meinung, Lloyd George habe eine Entente zu beenden mit Deutschland als Partner vorgeschlagen, sei reine Erfindung. — Demgegenüber behauptet das „Echo de Paris“, daß Lloyd George einen derartigen Vorschlag für eine günstigere Zeit vorbehalten. — Die der Sonderberichterstatter des „Matin“ zu wissen glaubt, ist bei den Vorbesprechungen der Sachverständigen-Konferenz gestern bereits ein Uebereinkommen erzielt worden über die Kontrolle der deutschen Reichsbank und die Kontrolle der deutschen Steuern. — In dieser Richtung ist zu bemerken, daß nach einer Meinung des Sonderberichterstatters des „Welt Katastrophen“ Briand und Lloyd George gestern den Beschluß gefaßt haben sollen, unbedingtes Uebereinkommen über ihre Unterhaltung zu beobachten.

Paris, 21. Dez. Nach einem Londoner Bericht des „Matin“ liegt im Vordergrund der Beratungen in London der Gedanke eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas. Frankreich habe sich entschieden, diesen Beratungen nicht fern zu bleiben. Es würden internationale Konferenzen stattfinden, an denen Deutschland, Österreich, Ungarn und die anderen Staaten teilnehmen würden. Wenn Sowjetland gewisse Bürgschaften gebe, könne es auch daran teilnehmen.

London, 21. Dez. „Morning Post“ zufolge würden die Premierminister, wenn die französischen und die britischen Sachverständigen zu dem Schluß kommen sollten, daß Deutschland bereit sei, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, sich augenblicklich mit der Aufstellung der Bedingungen, die sowohl für England als auch für Frankreich befriedigend wären, und von denen man auch erwarten könne, daß Deutschland bereit sein würde, sie zu erfüllen. Das Blatt erwartet nicht, daß die Premierminister vor morgen abend mit ihren Beratungen zu Ende sein werden.

Paris, 21. Dez. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus London: Loucheur hat einen Plan ausgearbeitet, der dazu bestimmt ist, den deutschen am 10. Mai 1921 bekanntgegebenen Zahlungsplan zu ergänzen. In englischen

Kreisen glaubt man, daß morgen Vormittag über diesen Plan Einigkeit erzielt werden wird. Unter den von der französischen Regierung geforderten Bürgschaften befindet sich die Aufstellung einer vollständigen und ausreichenden Statistik der Aus- und Einfuhr (!) seitens der deutschen Regierung.

Die üblichen „Gegensätze“ zwischen Paris und London.

London, 21. Dez. „Evening Standard“ zufolge haben die Sachverständigen heute nachmittags versucht, die einander gegenüberliegenden Ansichten in der Reparationsfrage zu versöhnen. Eine Uebereinstimmung sei nicht erzielt worden. Wie gemeldet wird, ist die Lage folgende: Die Ansicht der Franzosen ist, daß Deutschlands Erklärung, es sei nicht imstande, die Januar- und Februarraten zu bezahlen, einen Versuch bedeute, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Von britischer Seite sei dargelegt worden, daß Deutschland große Mühe haben werde, das Geld zu erhalten. Die beiden einander gegenüberliegenden Ansichten zu versöhnen, habe sich weit schwieriger erweisen, als man angenommen habe. Es bräue jetzt endgültig mitgeteilt werden, daß in dieser Frage Einmütigkeit nicht herrsche. Die Franzosen verlangten energische Maßnahmen gegen Deutschland, die Engländer seien jedoch der Meinung, daß, wenn diese Politik befolgt werde, der Sturz der deutschen Regierung unvermeidlich sei, was die deutsche Lage in Europa nur noch verschlimmern würde. — Wie weiter berichtet wird, wird eine Zusammenkunft der Obersten Räte für den Januar einberufen werden. Es sei möglich, daß diese Zusammenkunft in Paris oder in San Remo stattfinden werde.

Entscheidung durch den obersten Rat.

Paris, 22. Dez. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London meldet, daß im Laufe der Unterredung, die gestern Abend in Downing Street stattgefunden habe, Briand und Lloyd George sich entschieden haben, den Obersten Rat zu einer Sitzung einzuberufen, die in Cannes während der ersten Januarwoche 1922 abgehalten werden solle. Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens werde einige Zeit später wahrscheinlich in Paris abgehalten werden. Briand werde heute eine letzte Zusammenkunft mit Lloyd George haben. Seine Abreise mit Kaugour und Verthelet bleibe auf 2 Uhr nachmittags festgesetzt.

Washington.

Das asiatische Problem.

Newyork, 21. Dez. „Newyork Herald“ meldet aus Washington, der zeitweilige Abbruch der direkten Verhandlungen zwischen der chinesischen und der japanischen Delegation über die Jurisdiktion der Schantung habe Enttäuschung hervorgerufen. Die amerikanische und die anderen Delegationen hätten sich darum bemüht, von Japan Zugeständnisse zu erhalten, die für China annehmbar seien. — „Newyork Tribune“ erzählt aus Washington, der ursprüngliche Vorschlag, das eigentliche Japan in den pazifischen Vertrag einzuschließen, sei von der amerikanischen Delegation gemacht worden und zwar sei dies lediglich mit Rücksicht auf Japan geschehen, dessen Bevölkerung zur Hälfte aus Japanern bestehe. — „Newyork Times“ erzählt aus Washington, daß die Erklärung des Weißen Hauses von gestern abend es nicht ganz klar mache, ob der Präsident von seiner Auffassung zurückgekommen sei, daß das eigentliche Japan in den Vertrag nicht eingeschlossen werde. Nichtsdestowenig verlaute, daß die Japaner über die Möglichkeit eines Uebereinkommens über die genaue Auslegung des Vertrags höchst beunruhigt seien.

Der Abrüstungsschwindel.

Washington, 21. Dez. Der folgende amtliche Bericht, wurde heute vormittag veröffentlicht: Die Sitzung des Unterausschusses für die Abrüstungsbeschränkungen der Flotte, die verlangt worden war, hat heute vormittag stattgefunden. Der Vorsitzende verlas einen Brief von Hughes an Briand, der das Flottenabkommen zusammenfaßt und folgendermaßen schließt: Das vorgeschlagene Abkommen ist sehr zugunsten Frankreichs. Es verdoppelt die Macht seiner Marine. Ich bedauere, nach einer sorgfältigen Prüfung der französischen Anregung, zu dem Bau von weiteren zehn Schiffen ermächtigt zu werden, feststellen zu müssen, daß auf dieser Grundlage eine Verständigung nicht wird zustandekommen können. Ich wiederhole aber, daß das provisorische Abkommen mit Großbritannien und Japan von einem entsprechenden Abkommen mit Frankreich abhängig gemacht wird. Genehmigen Sie den Ausdruck meiner Hochachtung und unseres Wunsches in Amerika, daß Sie uns bald besuchen werden. (Geg.): Hughes. — U. G. handelt es sich für Frankreich gar nicht ernstlich um die Durchsetzung seiner Flottenforderungen, sondern lediglich um politische Manöver zwecks Verschleierung der Weltpolitik der Angelsachsen und Franzosen. Die Schrift.

Amerikas Dank für Frankreichs Unterstützung.

Paris, 22. Dez. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in London meldet, daß der Vizepräsident der Vereinigten Staaten in London, Harby, gestern nachmittags von Briand empfangen wurde. In der Umgebung Briands versicherte man, von Harby sei persönlich eine Botschaft des Staatssekretärs Hughes überbracht worden, in der dieser dem französischen Vizepräsidenten seinen Dank für die Unterstützung ausdrückte, die er bei der Konferenz in Washington der amerikanischen Forderung bezüglich der großen Flottenentlastung zugestimmt habe.

Zur auswärtigen Lage.

Deutsche Noten gegen die schwarzen Besatzungstruppen.

Berlin, 22. Dez. Auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Dr. Kahl und v. Schoel über die Verwendung farbiger Besatzungstruppen im Rheinland ist von der Reichsregierung geantwortet worden, daß über diese Angelegenheit mit der französischen Regierung ein Notenwechsel stattgefunden habe. Der Wortlaut der Noten werde dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden. Es werde ferner mitgeteilt, daß im Reichsministerium des Innern eine umfangreiche Zusammenstellung der Ausschreitungen bearbeitet werde.

Die saarländischen Parteien gegen die französische Gewaltherrschaft.

Saarbrücken, 21. Dez. Drei Mitglieder des Volksbundesrats, die sich in Saarbrücken aufhalten, wurde von den politischen Parteien der Stadtvereinsversammlung, der Demokratischen Partei, der Liberalen Volkspartei, der Deutsch-Nationalen Volkspartei, der Sozialistischen Partei und der Zentrumspartei, eine Denkschrift überreicht, in der die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Saargebietes, sowie das Verhältnis der Bevölkerung zur Regierungskommission, wie es sich infolge des autokratischen Vorgehens der Regierungskommission gestaltet hat, dargelegt werden. Die Forderungen der politischen Parteien gipfeln darin, daß der Volksbundsrat die Revision aller Gesetze und Verordnungen veranlasse, die ohne Mitwirkung der gewählten Vertretung der Bevölkerung erlassen worden sind, daß er ferner das französische Militär, und die französische Gendarmarie bald entfernen lasse und daß er saarländische Mitglieder der Regierungskommission auf Vorschlag der Bevölkerung ernenne. Zum Präsidenten der Regierungskommission soll vom Volksbund nur ein solches Mitglied ernannt werden, das die Landessprache in Wort und Schrift beherrscht.

Das Programm der neuen belgischen Regierung. Gehorsam und Arroganz.

Brüssel, 21. Dez. (Kammer.) In seiner Erklärung über das Programm des neuen Kabinetts betonte Ministerpräsident Lheruyns, die wirtschaftliche Lage müsse die Tätigkeit der Regierung in der Verwaltung beherrschen. Die Regierung sei entschlossen, in weitem Umfang Sparmaßnahmen einzuführen. Belgien werde langwierige Anstrengungen zu machen haben, um zum Wiederankommen seiner internationalen Stellung zu gelangen, die durch Bündnis und Freundschaft mit Frankreich und England beherrscht werden. Belgien werde mit Festigkeit darüber wachen, daß die Rechte und Interessen Belgiens aus dem Vertrag von Versailles geachtet werden. Besondere Hochachtung sei vornehmlich hinsichtlich der Entwertung Deutschlands und der Aburteilung der Kriegsbefehlsgehenden. Hinsichtlich der Reparationen habe Belgien bereits ihre Unerschlichkeit für das Land bewiesen. Deutschland wolle sich heute der Bezahlung der nächsten Fälligkeiten entziehen. Das dürfe aber nicht geschehen, sei doch Deutschland für die Lage, in der es sich befindet, direkt verantwortlich. Bei den bevorstehenden Besprechungen würden die belgischen Interessen in energischer Weise verteidigt werden. Das belgische Vortrecht sei ein Minimum, das die Alliierten Belgien zugestanden hätten. Es werde von den Alliierten geachtet werden und Belgien werde nicht zulassen, daß jemand daran rühre.

Die „Internationale“

zur Abrüstungs- und Wiedergutmachungsfrage.

Frankfurt-Rain, 20. Dez. In der Festhalle fand eine Versammlung der USPD statt, in der Crispin, Longues und Bracke Frankreich, Grimm-Schweiz, Wallhead-England, Adler-Österreich und Lebour das Wort ergriffen. Alle Redner wandten sich gegen die Reparationspolitik der Entente, die nur durch die Einigkeit der Sekretariats aller Länder überwunden werden könne. Insbesondere hob Grimm hervor, daß nicht nur England und die Vereinigten Staaten unter den Folgen der Arbeitslosigkeit litten, sondern ganz besonders auch die Schweiz, deren Bevölkerung zu einem Drittel von Arbeitslosigkeit betroffen sei. Die Schweiz gehe dem Mühen und der Vernichtung entgegen. Adler-Österreich sagte, daß Österreich mit Deutschland zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sei.

Die Abstimmung in Debenburg bezeichnete Adler als eine Farce. Bonquet-Frankreich nannte die Abrüstungskonferenz in Washington eine Abrüstungskomödie. Die Kapitalisten Frankreichs machten aus der Reparationsfrage ein Geschäft. Deshalb lehnten sie die Vorschläge der Arbeiterschaft ab, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Die französischen Kapitalisten wünschten, daß die Politik des Hasses in ihrem Profitinteresse fortgesetzt werde.

Frankfurt-Main, 21. Dez. Heute nachm. traten im Volksbildungsheim die Abgeordneten der französischen und der deutschen Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammen, die sich in erster Linie mit dem Wiederaufbau der elf zerstörten Dörfer bei Chaulnes beschäftigt und für die von den deutschen Bauhütten-Organisationen eine gemeinwirtschaftliche Form das Siedelungsbaus vorgeschlagen ist. An der Konferenz, die vertraulicher Natur ist, nehmen 10 Franzosen von der Confédération Générale du Travail unter Führung von Jouhaux und Laurent teil. Von französischen Organisationen sind vertreten: die Technikerverbände, der Bauarbeiterverband. Auch die Bevölkerung der zerstörten Dörfer ist durch Abgeordnete vertreten. Die deutschen Gewerkschaften entsandten sechs Delegierte, die bereits an den Pariser Verhandlungen teilnahmen.

Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung in Sowjetrußland?

Paris, 21. Dez. Laut „Chicago Tribune“ liegen in Paris zuverlässige Nachrichten vor, daß die russische Sowjetregierung vor dem 1. Februar eine verfassungsgebende Versammlung einberufen werde, in der alle politischen Parteien vertreten sein sollen. Die Einberufung werde von den Vereinigten Staaten und Frankreich als Voraussetzung für die Anerkennung der Sowjetregierung gefordert. Unmittelbar nach dem Zusammentritt der Versammlung würden die alliierten und assoziierten Mächte eine Konferenz zur Erörterung der formellen Friedensbedingungen der Sowjets abhalten.

Das Urteil im Hochverratsprozeß Jagow.

Leipzig, 21. Dez. Im Jagow-Prozeß wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte v. Jagow wird wegen Verrates zum Hochverrat unter Zubilligung mildernder Umstände zu 5 Jahren Festung verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden Angeklagten Dr. Schiele und v. Wangenheim wird eingestellt, da sie nicht als Führer anzusehen sind. Die durch das gesetzliche Verfahren entstandenen besonderen Kosten werden der Staatskasse auferlegt, die übrigen Kosten fallen dem Angeklagten v. Jagow zur Last.

Leipzig, 21. Dez. In der Begründung des oben gekennzeichneten Urteils führte der Präsid. v. Pelargus u. a. aus: v. Jagow sprach keine Bereitwilligkeit aus, sich an der von Rapp geplanten Neuorganisation der Dinge zu beteiligen. Als der Einzug der Döberitzer Truppen erfolgte und Lüttich die höchste Gewalt in den Händen hatte, erklärte sich Jagow Rapp gegenüber bereit, das preussische Ministerium des Innern zu übernehmen. Eine Flut von Proklamationen wurde nach dem Einzug Rapps in die Reichstanzlei verfaßt und zu verbreiten versucht. Jagow war von Rapp zum preussischen Minister des Innern ernannt worden. Wangenheim war als preussischer Landwirtschaftsminister und Schiele als Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommen. Jagow nahm eine Reihe von Amtshandlungen vor. Wangenheim hat keine amtlichen Handlungen vorgenommen, sondern nur den drohenden Eisenbahnerstreik abzuwehren versucht. Schiele ist nicht als Minister tätig geworden, er hat nur an Besprechungen teilgenommen. Das Vorgehen Rapps und des Generals Lüttich stellt den vollständigen Tatbestand eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne der §§ 81, 2 und 82 dar. Die Aenderung wurde gewaltsam zu erzielen versucht, wie sich aus der Verwendung von

Amtliche Bekanntmachungen.

Vertr. Anst. Kochmehl.

Gemäß Erlaß der Reichsstärkebestelle vom 2. Dezember ds. Jb. erfolgt die Belieferung der Kommunalverbände mit ausländischem Kochmehl nur noch bis 15. Januar 1922. Die Januar-Kochmehlmarkte der Brokkarte wird daher nur mit 400 Gramm bewertet. Die Februar-Kochmehlmarkte wird nicht bewertet. Calw, den 20. Dezember 1921.

Kommunalverband: Göß, Oberamtmann.

Bekanntmachung

Vertr. Wahl der Vertrauensmänner für die Zwecke der Angestelltenversicherung.

- Die versicherungspflichtigen Angestellten haben bis zu dem festgesetzten Termin (17. Dezember 1921) nur einen Wahlvorschlag eingereicht.
- Es gelten mithin die in dieser Vorschlagsliste bezeichneten Personen als Vertreter der Angestellten für gewählt.
- Von Seiten der Arbeitgeber wurde ein Wahlvorschlag nicht eingereicht. Nach § 152 des Gesetzes werden deshalb die Vertrauensmänner dieser Gruppe von dem Oberamt als unterer Verwaltungsbefehde berufen werden.
- Der auf Samstag, den 8. Januar 1922 ausgeschriebene Wahltermin (siehe Calwer Tagblatt vom 17. Nov. 1921 Nr. 269) kommt deshalb in Wegfall.
- Die öffentliche Bekanntgabe der Vertreter der Angestellten und der Arbeitgeber erfolgt später.

Calw, 19. Dezember 1921. Oberamt: Bögel, Amtmann.

Militär und aus der Befehung der Ministerien ergibt. Der Einwand, durch die Revolution vom 9. 11. 18 seien diese Bestimmungen des Strafgesetzbuches hinfällig geworden, ist unbegründet, denn das Strafgesetzbuch schützt jede bestehende Einrichtung. Belanglos für die Schuldfrage ist der Umstand, daß Rapp, v. Lüttich und v. Jagow nur im Interesse des Vaterlandes gehandelt zu haben glauben. Mit Unrecht berufen sich die Verteidiger auf Korweh gegenüber den damaligen, angeblich ungeleglichen Zuständen. Unter keinen Umständen ist ein Staatsbürger befugt, gewaltsam gegen solche seiner Meinung nach ungelegliche Zustände vorzugehen. Es gibt andere und zwar gesetzliche Mittel, sich dagegen zu wehren. Alle drei Angeklagten mußten einsehen und haben nach der Überzeugung des Gerichts auch eingesehen, daß es sich um ein hochverräterisches Unternehmen handelte. Indem sie ihre Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung stellten, haben sie sich nicht nur äußerlich an dem Unternehmen beteiligt, sondern auch fortdauernd beteiligt. Für ihre Mithäterschaft fehlen ausreichende Anhaltspunkte. Deshalb muß es bei der Feststellung sein Bewenden haben, daß sie den beiden Führern durch Rat und Tat wirkliche Beihilfe geleistet haben. Der Einwand, daß am Morgen des 13. März das hochverräterische Unternehmen schon beendet gewesen sei, schlägt nicht durch. Es waren auch noch weitere in der Zukunft liegende Ziele geplant. Der Senat erachtet es für ausgeschlossen, daß sich die Angeklagten über diese Ziele im Irrtum befunden haben. v. Jagow wurde nicht zum unverantwortlichen Werkzeug oder nur zum bloßen Boten, wenn er das von Rapp ihm angebotene Amt annahm. Das Amnestiegesetz vom 4. 8. 20 verleiht unter Führern alle Personen, die sich an leitender, hervorragender Stelle an einem hochverräterischen Unternehmen beteiligt und auffällig betätigt haben. Jagow hat sein großes Wissen und seine reiche praktische Erfahrung in den Dienst Rapps gestellt und so den Boden für das Unternehmen geebnet. Da er aus selbstloser Vaterlandsliebe gehandelt hat und in einem unruhigen Augen-

blick dem Rufe Rapps gefolgt ist, sind ihm mildernde Umstände zugebilligt worden. Andererseits erscheint mit Rücksicht auf die schweren Folgen des Rapp-Unternehmens, die zum Teil bis heute nicht gänzlich beseitigt sind, eine nicht zu gering zu bemessende Strafe angebracht. Die beiden anderen Angeklagten haben nur eine nebensächliche Rolle gespielt. Eine führende Rolle zu spielen sind sie durch den Milttritt Rapps verhindert worden. Deshalb war gegen sie auf Grund des Amnestiegesetzes das Verfahren einzustellen.

Deutschland.

Rathenau Außenminister?

Berlin, 22. Dez. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, ist in Berliner unterrichteten Kreisen das Gerücht verbreitet, daß der Posten des Ministers des Auswärtigen, der bei der Neubildung der Regierung unbesetzt geblieben ist, demnach durch den früheren Wiederaufbauminister Dr. Walter Rathenau ersetzt werden solle.

Simons gegen Hindenburg.

Berlin, 20. Dez. Reichsminister a. D. Dr. Simon veröffentlicht durch W. E. einen offenen Brief an Generalfeldmarschall v. Hindenburg, in dem er unter Hinweis auf den vorgelegten in der Presse veröffentlichten Brief Hindenburgs dessen Aeußerung über Simons Haltung zur Schuldfrage auf der Londoner Konferenz als eine schwere Ungerechtigkeit bezeichnet und erklärt: In Versailles haben wir die alleinige Verantwortung für den Krieg auf uns genommen. In London habe ich hiergegen Verwahrung eingelegt und mich auf ein gerechtes Urteil der Geschichte berufen. Gegenüber der damals von Lord George aufgeworfenen Frage: „Wann beginnt die Geschichte?“ erklärte Dr. Simons, daß die geschichtliche Arbeit in der Schuldfrage schon begonnen habe.

Um die Reichshandelsflagge.

Berlin, 20. Dez. Wie den Wältern mitgeteilt wird, müssen vom 1. Januar ab alle Fahrzeuge der deutschen Handelsflotte die verfassungsmäßige Reichshandelsflagge führen. Wer es unterläßt, das vorgeschriebene Hoheitszeichen an Bord der Schiffe zu führen, setzt sich einer strengen strafrechtlichen Verfolgung aus.

Aus Stadt und Land.

Grundschule und höhere Schulen.

Im „Staatsanzeiger“ wird zur Grundschulfrage u. a. zweifelslos von amtlicher Seite, geschrieben: Württemberg hält solange, als nicht zwingende Gründe für eine Aenderung vorliegen, an der bisherigen Dauer der ausgebauten höheren Schule fest. Die Unterrichtsverwaltung hält es auch, unbeschadet der durch Reichsgesetz festgelegten vierjährigen Dauer der Grundschulbesuchs für zulässig, daß gewissen hervorragend befähigten Kindern aller Volksschulen unter gewissen Voraussetzungen der Eintritt in eine mittlere oder höhere Schule schon nach insgesamt drei Jahren ermöglicht, also das Ueberbringen eines Jahrgangs schon auf dieser Stufe zugelassen werde. Die Einrichtung besonderer „Begabtenklassen“ mit dem Zweck der Abkürzung des Bildungsgangs auf drei Jahre wird vom Ministerium und den Oberschulbehörden ebenso abgelehnt wie von den Unterrichtsverwaltungen sämtlicher deutscher Länder. Württemberg ist mit seiner milderen Auffassung auf der Tagung des Reichsschulnauausschusses in der Minorität geblieben, der die vierjährige Grundschule ausnahmslos als blindende Richtschnur für alle Länder vorgeschlagen hat. Württemberg hat beim Reich seinen Vorbehalt aus neue mit allem Nachdruck geltend gemacht und hofft, durchzubringen. Die Schaffung besonderer Einrichtungen zur Abkürzung des Grundschulbesuchs hätte eine Aenderung des Reichsgesetzes vom April 1920 zur Voraussetzung, an die gegenwärtig, wo die Grundschule noch am Beginn ihrer Arbeit steht, niemand im Ernste denken wird.

19) Im Hause des Kommerzienrates.

Roman von E. Martini.

10.

Seit dem Gesellschaftsabend war eine Woche verstrichen; „eine ertieglich anstrengende Woche!“, leuzte erschöpft die Präsidentin. Es waren mehrere große Damentees und Kaffeegesellschaften in den höchsten Kreisen zu bewältigen gewesen; außerdem hatte Flora zu lebenden Bildern, die bei einem kleinen Foyer gestellt wurden, die Berie machen und sprechen müssen, „man war kaum zu Atem gekommen“.

Henriette mußte aus Rücksicht auf ihren veräppelmerten Zustand dieses aufregende Treiben streng meiden, und Käthe blieb, solange sie stets sehr freundlich mit eingeladen wurde, regelmäßig bei ihr zu Hause. Dann tranken sie den Tee allein im Musikzimmer, und Käthe erzählte Schnurron und spielte Klavier, um Henriettes Trübsinn zu verschleuchen.

Der Kommerzienrat war vor sechs Tagen in Geschäften nach Berlin gereist. Er schrieb täglich an die Präsidentin, „wahrscheinlich vorläufige Briefe“, wie sie bedeutungsvoll lächelnd sagte. Vergessen aber waren prächtige Blumen an die drei Schwägerinnen gekommen, und da hatte die Frau Präsidentin nicht gelacht. Für Flora und Henriette hatte der anmerksame Schwager Kamellen und Veilchen binden lassen, Käthes Rosenstrauch dagegen strichte von Orangen und Äpfeln. Der Präsidentin wäre wahrhaftig die zarte Sprache aus der Ferne entgangen, wenn nicht Flora, sich schüttelnd vor Lachen, mit dem Finger auf die ausdrucksvolle Zusammenstellung der Blumen gezeigt hätte. Da wurde das Gesicht der alten Dame lang und sah wie noch nie in ihrem ganzen Leben. „Aber, Großmama, hast du denn wirklich geglaubt, Moritz werde sich den Adel mit solchen Anjammen erkaufen, um dann sein Geschlecht aussterben zu lassen!“ rief Flora in ihrer übermütigen, leichtfertigen Scherzweise. „Du hastest doch wissen müssen, daß ein Mann wie er, noch ziemlich jung, reich und stattlich, nicht zettelbens Witwer bleiben wird! Und er freit nicht vergeblich um Käthe — das weiß ich am besten.“

Mit diesem kleinen Zwischenfall trat plötzlich ein Spukweien in der Villa Baumgarten auf. Käthe ahnte sein Daim nicht; sie hatte die bedeutungsvolle Blumensträuße nicht verstanden. Durch die Gemäuer der Präsidentin aber wandelte die graue zeuende Gestalt; sie verdußerte den Glanz des Hauses; sie

jos im Wintergarten auf dem Lieblingsplatz der Präsidentin und vergaßte ihr den Genuß an allem, was ihr das Leben schmückte. Die alte Dame sorgte um ihre Zukunft; der Kommerzienrat durste sich nicht wieder verheiraten; er war ihr das schuldig. Sie hatte ihn durch ihre Konnexionen, ihren gesellschaftlichen Einfluß erst zu dem gemacht, was er geworden war. Und nun, als sich alles so geüigt, wie sie gewünscht und unablässig erstrebt hatte, nun sollte es plötzlich eine junge Frau v. n R ö m e r geben, die hier unten in den prächtvollen Räumen empfang — und wer die Frau Präsidentin Urach sehen wollte, der mußte hinaufsteigen in „das Auszugsstübchen“, das man „der Großmama“ eingeräumt. Nicht einmal Flora, das Kind ihrer eigenen Tochter, hätte sie an dieser Stelle sehen mögen, geschweige denn die Enkelin des Schloßmüllers.

Die Frau Präsidentin sprach mit einemmal sehr interessiert von Käthes Heim in Dresden; sie zeigte sich so besorgt, daß das wundervolle musikalische Talent vier Wochen lang brach liegen müsse, und ging mit dem Gedanken um, das junge Mädchen in

Käthe ließ alle diese ausgeleiteten Höflichkeitsschweigend über sich ergehen. Sie wollte abwarten, ob sich Henriette nicht doch durch Doktor Stud bestimmen ließe, die Schwester zu begleiten. Bis jetzt hatte er noch keinen Versuch gemacht. Er kam jeden Morgen um die bestimmte Stunde. Die Wohnzimmer der beiden Schwestern fliegen aneinander, und die Tür stand stets offen. Käthe hörte dann keine beschwichtigende Stimme, kein lautes Zureden; er konnte aber auch so herzlich anlachen, daß die Kranke unwillkürlich einstimme. Für Käthes Ohr botte dieses metallreiche, frohmütige und doch so angenehm beherrschte Lachen einen eigentümlichen Reiz — es zeigte sie unwiderleglich von der unangefasteten Jugendfrische der Seele; es bewies ihr, daß er seiner Zukunft gewiß war.

Sie selbst sprach ihn nicht. Um diese Zeit meist an ihrem Arbeitstische sitzend, konnte sie ihn drüben auf und ab wandeln sehen, aber so unzerrennlich auch sonst die beiden Schwestern waren, kurz vor der Besuchsstunde des Arztes zog sich Henriette stets in ihr Zimmer zurück... Die Tante Dlafonus aber sprach sie sehr oft, und zwar in der Schloßmühle. Die alte Frau sah täglich nach Suppe.

Es war am siebenten Tage nach der Abreise des Kommerzienrates, als die Nachricht aus Berlin eintraf, daß die Spinneret verkauft sei. Die Präsidentin war von dieser Neuigkeit so angenehm berührt, daß sie, noch im Kaschmirschlafrocke, mit dem

Briefe in der Hand, die Treppe zum ersten Stock hinaufstieg und in Henriettes Zimmer trat, wo sich auch Flora kurz vorher eingefunden hatte.

Die alte Dame setzte sich in einen Lehnstuhl und erzählte. „Gott sei Dank, daß Moritz ein Ende macht!“ jagte sie heiter getrimmt. „Er hat ein glänzendes Geschäft abgeschlossen, die Spinneret wird ihm so ungemein hoch bezahlt, daß er selbst ganz überrascht ist.“ Sie legte die feinen Hände gefaltet auf den Tisch und sah unendlich zufriedene aus.

Käthe stand währenddem am Fenster. Von dieser Stelle aus konnte man das große Fabrikgebäude inmitten seiner unvollendeten neuen Anlagen liegen sehen. Der weite Kiesplatz vor dem Hause wimmelte von Menschen, von Männern, Weibern und Kindern, die aufgeregte durcheinanderliefen und gestikulierten. Die Maschinen standen verlassen; es mochte kein einziger Arbeiter in den Sälen verblieben sein.

Das junge Mädchen am Fenster deutete betroffen hinüber. „Weiß schon“, jagte die Präsidentin lächelnd; sie erhob sich und trat an das Fenster. „Der Antiker hat mir eben im Zur Kleidung gemacht, es solle sehr laut da drüben zugehen. Man ist außer sich, daß die Spinneret an eine Aktiengesellschaft verkauft worden ist, deren Vorstand hauptsächlich aus Juden zusammengestellt sein soll. Ja, ja, so geht's, die guten Leute ernten nun, was sie geät haben.“

Die Großmama erhob sich, um sich zum Diner anzukleiden. „Stud hat dir für heute einen kleinen Spaziergang erlaubt. Henriette?“ fragte sie an der Tür noch einmal zurückwendend. „Ich soll mich ein wenig im Stadtpark ergehen, um Tannens harzluft zu atmen.“

„Dann werde ich mich anschließen“, jagte Flora. „Ich brauche Luft, Lust, um nicht zu ersticken unter der Last von Widerwärtigkeiten, die mir das Schicksal aufbürdet.“

Sie reichte der Präsidentin den Arm, um sie die Treppe hinaufzuführen.

Henriette stampfte zornig mit dem Fuße; sie hätte weinen mögen vor Ärger, aber verhindern konnte sie es doch nicht, daß die schöne Schwester nach Tische im weißen Filzhütchen, den Palmblattfächer in der Hand, erschien, um sie auf dem Waldspaziergang zu begleiten.

(Fortsetzung folgt.)

(S. 2) Reut...
 voran...
 19 355 651...
 (3 439 720)...
 von 11 203 023...
 (S. 2) E...
 gen...
 unter den heutigen...
 hanten in Angriff...
 nicht durch die...
 am Platte ist...
 einen höheren...
 Staat höhere Zu...
 eine wird aufge...
 schuhalten, um...
 Regierung den...
 gehen zwischen...
 geschlagen wurde...
 fähigkeit für...
 dung des Reichs...
 (S. 2) Hoh...
 lichen hochf...
 bierende, darun...
 24 Gehörte und...
 98 Studierender...
 Nichtwürttemberg...
 Kusänder, 17...
 (S. 2) W...
 hier wurden in...
 eine, von einem...
 6 Zentimeter Br...
 ring vom Wehr...
 schäbige Berlin...
 dem fanden sich...
 zierungen tragen...
 müßlich waren es...
 die Altekumstan...
 (S. 2) U...
 Deutschen Reich...
 in der reich...
 sind im Gange...
 Konfessionen an...
 in Geseh und...
 währleiteten...
 Steuererleichter...
 Förderung der...
 fen, Gründung...
 (S. 2) S...
 sigungsfrei ma...
 Dienstag, gleich...
 Gesetzesvorlage...
 sungen aufge...
 chwerer Kran...
 Mülberger (D...
 kann. Dann...
 gierungslich a...
 Nadelrundholz...
 von Neu...
 wodurch die Sil...
 nicht auf persön...
 Ausdruck gebrac...
 Die Karlen...
 Betteige, edoch...
 Anmerkung, H...
 20. Dezember...
 29. vermerkt...
 tenabnehmer ge...
 am 30. Dezen...
 Um die Bes...
 zu können, wir...
 Calw, den...
 Dehan Jelle...
 Vergebu...
 Die Stadtl...
 liches für die...
 für die landw...
 werden beim S...
 bis Freitag, de...
 Die Bieter könn...
 Schwarze...
 Münter...
 auch für Damer...
 Münter...
 Schür...
 Sorte I...
 Die Schuhe für...
 Reih wollene...
 engl. Armees...
 beste Sport- u...
 Engl...
 Gummi...
 für Rad...
 Bei...
 Verband...
 S. Fr. 2

Wirt. Staatsforstverwaltung.
Verkauf von Grubenholz
 aus dem Stock im schrittlichen Aufstreich.
 Der voransichtige Anfall an Grubenholz in 26 Forstbezirken beträgt zu 6 200 km kommt am Dienstag, den 10. Januar 1922 nachm. 6 Uhr im Gebäude der Forstdirektion, Stuttgart, Militärstraße 15 zum Verkauf. Losverzeichnisse von der Forstdirektion S. S. Stuttgart zu beziehen.

Bekanntmachung
 betreffend die
Umsatzsteuerveranlagung der Hausierer, Straßenhändler, Sakeren, Metzler, Schuhmacher und ähnlicher Betriebe.

Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 22. Oktober 1921 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 21 S. 872) ist die Steueranfrage im Straßenhandel wesentlich vereinfacht und auf eine Reihe weiterer Unternehmer ausgedehnt worden.

Der Steueranfrage im Straßenhandel unterliegen nun auch die Inhaber von Wandergewerbebetrieben, die Teilhaber an Märkten, soweit sie nicht lediglich selbstgewonnene Gegenstände der Land- und Forstwirtschaft, des Gärtners, und Viehhändlers, der Geflügel- und Bienenzucht, sowie der Jagd und Fischerei selbst erbeuten, endlich auch diejenigen Unternehmer welche nur Leistungen ausüben (Schneeflocken, Schuhmacher, Orgelmänner, Schmiedler, Kesselschmiedler usw.).

In demselben sind folgende Bestimmungen hervorzuheben:

1. Diejenigen Personen, welche ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten innerhalb einer selbständigen von ihnen ausgeübten Tätigkeit Lieferungen oder sonstige Leistungen gegen Entgelt ausführen, sind verpflichtet, vor Beginn ihrer Tätigkeit den Eintrag der Umsatzsteuer durch Anzettelung sicher zu stellen.

2. Zu diesem Zweck haben sie ihren Betrieb bei dem Finanzamt anzumelden und bei der ersten Anmeldung und späterhin bei Beginn jedes Steuerabschnitts (Kalendervierteljahr) ein Straßensteuerheft zu lösen. Bei der Lösung des Straßensteuerheftes ist auf die Umsatzsteuer eine Anzahlung und zwar je nach der möglichen Ausdehnung des Betriebs mit Mk. 45, 90, 180 oder mit einem besonders zu vereinbarenden höheren Betrag zu leisten.

3. In das Straßensteuerheft sind täglich die aus verkauften Waren oder sonstigen Leistungen erzielten Einnahmen (Umsatz) einzutragen und zusammenzufügen. Wenn an einem Tag nicht gehandelt oder nicht gearbeitet wird, ist dies unter Angabe des Grundes im Straßensteuerheft anzugeben.

4. Diejenigen Steuerpflichtigen, welche Lieferungen ausführen (Händler) haben am ersten Verkauf jeder Woche die Waren mit denen sie den Verkauf beginnen, sowie etwaige Ergänzungen des Bestandes im Lauf der Verkaufszeit nach Art und Menge unter Angabe ihrer Lieferfirma einzutragen.

5. Jeder Steuerpflichtige, der im Straßenhandel Waren umsetzt, hat ein Einkaufsheft zu führen. In dasselbe sind einzutragen alle Einkäufe der für den Verkauf bestimmten Waren mit dem Datum ihres Eingangs, neben Art, Menge, Höhe des Einkaufspreises und Bezeichnung der Lieferfirma. Die Eintragungen sind möglichst beweiskräftig zu gestalten, z. B. durch Einkleben der Quittungen, Vorlegung des Buches beim Lieferer zwecks persönlicher Quittungserteilung.

6. Innerhalb einer Woche nach Schluss des Steuerabschnitts (Kalendervierteljahr) ist das Straßensteuerheft oder das letzte Nachtragsheft dem Finanzamt zur Abrechnung vorzulegen.

7. Anstattliche von Inhabern einer gewerblichen Niederlassung die im Auftrag und im Namen des Unternehmers Lieferungen ausführen, haben eine Bezeichnung des Finanzamts hierüber bei sich zu führen.

8. Wird der Inhaber des Straßensteuerheftes durch einen Dritten vertreten, so hat sich dieser durch das Heft und durch eine besondere Bezeichnung mit seinem Bild abzuzeichnen. Diese Bezeichnung wird auf Antrag durch das Finanzamt gegen Entrichtung der Selbstkosten ausgestellt.

9. Das Straßensteuerheft und die vorerwähnten Bezeichnungen sind bei Ausübung des Gewerbebetriebes stets mitzuführen, und auf Verlangen dem Beamten der Polizei, Eisenbahn und Finanzverwaltung vorzuzeigen.

10. Bei Nichtbefolgen dieser Vorschriften machen sich die Steuerpflichtigen einer Zuwiderhandlung gemäß §§ 356 ff. A. O. schuldig. Dies gilt nicht nur wenn der Betrieb nicht angemeldet und die Anzettelung unterlassen wird, sondern auch dann, wenn der Steuerpflichtige das Heft nicht bei sich führt, wenn er die Einnahmen nicht täglich aufzeichnet und wenn er die rechtzeitige Beantragung eines Nachtragsheftes unterlässt. Die Steuerzuwiderhandlung ist mit Geldstrafe bedroht, auch kann unter Umständen dem Steuerpflichtigen die fernere Ausübung seiner Tätigkeit untersagt werden.

11. Die in Betracht kommenden Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die erforderlichen Anmeldungen alsbald zu fertigen und unter Leistung der entsprechenden Anzahlung die Ausstellung von Straßensteuerheften zu beantragen.

Die Beamten der Polizei, Eisenbahn und Finanzverwaltung sind angewiesen, die Einhaltung vorstehender Bestimmungen sorgfältig zu überwachen.

Hiesau, den 22. Dezember 1921.
Finanzamt: Voelter.

Georgenäum Calw.

Donnerstag, den 22. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Georgenäum ein

Vortrag
 des Herrn Studiendirektors Dr. Kestle-Stuttgart
 statt über die

„Entstehung des Weihnachtsfestes und der Weihnachtsgebräuche“.
 Hiezu ist jedermann herzlich eingeladen.
 Der Georgenäumsvorstand: Dr. Knobel, Vors.

Öffentlicher Vortrag
 des Herrn Landtagsabgeordneten Hiller
 am Dienstag, den 27. Dezember, nachmittags 8 Uhr, im geeigneten Saale des „Bad. Hofes“ über das Thema:
„Der Hausbesitz im neuen Volksstaat“.
 Wir laden hierzu jedermann, insbesondere unsere Mitglieder, sowie alle Hausbesitzer von Calw und Umgegend höflich ein.
Haus- und Grundbesitzerverein Calw e. V.

Oberkollbach, den 21. Dezember 1921.

Todes-Anzeige.



Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe, treue, brave Frau, unsere gute Mutter, Schwägerin und Tante

Margarete Bolz
 geb. Bolz

im Alter von 39 Jahren im Krankenhaus in Calw unerwartet-todlich verchieden ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte: Friedrich Bolz mit Kindern.

Beerdigung am Freitag nachmittag 2 Uhr.

Bad Liebenzell, den 21. Dezember 1921.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Ablebens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders, Schwagers, Schwiegeraters und Großvaters

Georg Decker, Schmiedmeister

sowie für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, den warmen Nachruf und des Ehrenmutes von Seiten des Krieger- und Militärvereins, den Sängerrinnen, der überaus zahlreichen Beteiligung auf dem Wege zu seiner letzten Ruhestätte, sowie die vielen Kranzspenden und den Besuchern während seines Krankenlagers sagen herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Gattin: Luise Decker, geb. Gengenbach.

Eine in allen Branchen arbeitende große

geschäftsgem. Persönlichkeit,
 welcher vertrauensvoll die

Filiale Calw mit Inkasso
 übertragen werden kann. Die Sache eignet sich hauptsächlich für Kenner, Privatiers, Beamte usw., welche über etwas freie Zeit verfügen und ihr Einkommen erhöhen wollen. Eine Kaution von Mk. 500.— ist erforderlich, da die Gesellschaft in allen Branchen arbeitet und in Calw und Umgegend in allen Kreisen gut eingeführt ist, ist eine große Verdienstmöglichkeit gewährleistet.

Arbeitsfreudige, gesunde Herren, welche sich für die Sache interessieren, wollen ausführliche Offerten einreichen unter S. T. 4123 an Ala-Hausenfeld & Vogler, Stuttgart.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

Losungsbüchlein, Kalender, Gesangbücher
 in grosser Auswahl
 vorrätig bei
Paul Opp, Buchhdlg.



Fette, geschlachtete wirt. Gänse

empfehlen
Spar- u. Consumvereine.

Zum Feste
 empfiehlt für
Zimmer-Graberjuch



Waldbukett
Waldkörbchen
Waldkränze
 in schöner Auswahl

Georg Mayer, Stuttgarterstrasse.

Prima
Glasfenweine
 sowie alle Sorten

Leigwaren
 empfiehlt
Georg Wohlgemuth Liebenzell
 Fernsprecher Nr. 44.

Liebenzell. Größeres

Laden-Lokal
 in gut. Geschäftslage
 zu mieten gesucht.
 Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Liebenzell.
Zähen Most
und Weinbese
kaufen
Gebr. Emenbörser, zum „Döfen“.

Günstig abgegeben:
1 Haferpatsch-Maschine,
 gebraucht, für Hand- und Kraftbetrieb,

1 Schrotmühle,
 gebraucht, ebenfalls für Hand- und Kraftbetrieb, u.

1 Fußwinde,
 gebraucht.

Alles noch sehr gut erhalten.
Fr. Huber, Maschinen-Werkstätte, Unterreichenbach, Fernsprecher Nr. 17.

Gechingen.
 Eine noch jungen schweren
Zug-Ochsen



fehlt dem Verkauf aus
Ludwig Schu macher.

Konzertzither
 zu verkaufen
 Bischoffstr. 460 II. rechts.

Paul Wengert
Luise Wengert
 geb. Braun
Vermählte
 Stuttgart Calw
 Dezember 1921.

Gesang-Verein Zavelstein.

Der Gesangverein hält am
Stephanusfesttag, den 26. Dez.
 im Gasthaus

zur „Krone“ seine
Weihnachts-Feier



mit gesanglichen- und
 theatralischen Darbietungen,
 wozu jedermann freundschaftlich eingeladen wird.

Der Ausschuss.
 Beginn nachmittags 6 Uhr.

Neuhengstett.

Alle im Jahre 1881
geborenen Männer u. Frauen
 von hier und Umgebung treffen sich

am 26. ds. Mts. (Stephanusfesttag)
 von nachmittags 3 Uhr ab zu einem

gemüthlichen Zusammensein
 im Gasthaus zum „Hirsch“

Mehrere 40er!

Fernsprecher Merklingen. Nr. 2.
 Fernsprecher Nr. 2.

Meiner werten Kundschaft mache ich hiermit die ergebene Mitteilung, daß meine infolge der Wasser-Verhältnisse notwendige

„Ersatz-Kraft“
 dem Betrieb übergeben ist.

Es wird wie bisher mein eifriges Bestreben sein, meine Kundschaft bestens zu bedienen.

Mit herzlichem Dank für das von Generation zu Generation übergegangene Entgegenkommen verbinde ich die Bitte um ferneres Wohlwollen.
 Hochachtungsvoll

W. Kleinfelder,
 zur Riemenmühle.

10 Zentner
Angersfen
 sucht zu kaufen
 Karl Beckh, Fleischenau, Hirsau.

Einige Zentner Tafel-Obst
 verkauft
 Ulrich Koller, Zavelstein.

Für Weihnachten!
 Ein Paar nur einmal geir.
 Herren-Sonntagstiefel
 Größe 45, prima Leder, sind
 billig zu verkaufen
 Stuttgarterstr. 393 III.

Gäcklinger.
Verlaufen
 hat sich in Calw ein roter
Schnauzer.
 Bitte denselben gegen Belohnung abzugeben bei
R. Walz, zum Hirsch.
 Brauer.

Hausbursche
 auf 1. Januar gesucht.
 Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zu verkaufen ein sehr
 neuer, polierter
Rinder-Schreibpult
 mit verstellbarem Sitz.
Gottlob Reutschler,
 Schreinerei, Lederstr. 100.